Nr. 259 Montag, 17. November 1919 26. Jahrgang

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.60 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postscheckkonto Nr. 53 477. Postscheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13693.

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Petitzeile 50 Pfg. und 50% Teuerungszuschlag = 75 Pfg. Desgl. bei Platzvorschrift 55 Pfg. und 50% Teuerungszuschlag = 83 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postscheckkonto Nr. 53 477. Postscheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 ● Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

# Die Offensive der Reaktion.

## Noske geht zu Hindenburg.

### Ein lästiger Bittsteller.

**Berlin, 16. November.** Die Post berichtet über einen Besuch Noskes bei Hindenburg, wonach der Minister wie ein **lästiger Bittsteller** vom Feldmarschall empfangen worden ist. Hierzu wird offiziös berichtet:

Als feststand, daß Feldmarschall Hindenburg als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß erscheinen werde, **ist vom Reichswehrministerium aus alles getan** worden, was möglich ist, um dem Feldmarschall die **Reise und den Aufenthalt in Berlin so bequem wie möglich** zu machen. Es ist ihm ein Salonwagen gestellt worden, für Berlin ein Auto und ein Offizier zum Dienst beim Feldmarschall kommandiert worden. Der Feldmarschall hat im Kriegsministerium Besuch gemacht und darauf haben ihm Oberst Reinhardt als Chef der Heeresleitung und der **Reichswehrminister Noske ihre Aufwartung gemacht.** Der Feldmarschall erkundigte sich hierbei in regstem Interesse nach den Zuständen in der Reichswehr und **erteilte gute, sachverständige Ratschläge** (!) über den weiteren Ausbau unsrer **geringen** (!) Wehrmacht, die selbstverständlich ernsteste Beachtung finden.

## Proteste der Regierungssozialisten.

**Berlin, 17. November.** (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In den gestrigen **Protestversammlungen der Rechtssozialisten** gegen die deutschnationalen Kundgebungen fanden die Referenten meist sehr scharfe Worte. Der Vorwärtsredakteur Kuttner erklärte u. a.: „Läßt uns die Regierung morgen im Stich, so bin ich der erste, der die **Arbeiter aufrufen wird, zur Selbsthilfe zu schreiten.**" Ministerialrat **Krüger**, der Vorsitzende der Groß-Berliner Bezirksorganisation der Rechtssozialisten, führte aus: „Wenn die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ihre bürgerlichen Kollegen nicht für ein Einschreiten gegen die Frondeure gewinnen können, so müssen die Sozialdemokraten aus der Regierung herausgehen. Wenn jetzt nicht von der Regierung Ordnung geschaffen wird, so machen wir sie selbst." (Worte, Worte, nichts als Worte. Red. d. L. V.)

Die Diskussionsredner wandten sich vielfach noch weit heftiger gegen die Passivität der Regierung. **Die Reichswehr schreite nur ein, wenn es gegen links gehe. Mehrfach forderten sie den sofortigen Rücktritt Noskes.** (Und wenn er spricht, erhält er einstimmig ein Vertrauensvotum. Red. d. L. V.)

Sowohl Referenten wie Diskussionsredner traten für eine **Einigung des Proletariats** als letztes Mittel ein, der Reaktion Herr zu werden. In mehreren Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der die Parteileitung aufgefordert wird, **sofort mit den Führern der U. S. P. zusammenzutreten und unter Hintanstellung aller parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege** zu beraten, die zum gemeinsamen Kampf des Proletariats gegen die Reaktion führen könnten. Es gehe um den letzten Rest der Revolution. Ferner wurde in allen Versammlungen noch folgende **Resolution** angenommen:

„Die Versammelten sind gewillt, die revolutionären Errungenschaften mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen. Sie fordern, daß die zuständigen Behörden mit der bisher geübten Nachsicht gegenüber den deutschnationalen Treibereien brechen und mit aller Schärfe dagegen einschreiten. Sie fordern insbesondere, daß endlich darangegangen wird, die noch immer in den entscheidenden Staats- und Reichsstellen tätigen reaktionären Beamten und Offiziere, die zum Teil absichtlich Konflikte heraufbeschwören, rücksichtslos ohne Pension zu entfernen. Ebenso sind sofort und ohne alle Pension alle Schulleiter zu entlassen, die die Teilnahme der Schüler an deutschnationalen Demonstrationen während der Schulzeit veranlassen oder dulden. Die Versammlung richtet an die gesamte Arbeiterschaft die dringende Aufforderung, den Bruderkrieg einzustellen und sich zum Kampfe gegen die Reaktion einheitlich zusammenzuschließen."

(Die Resolution enthält also nichts von einem Einigungsversuch. Red. d. L. V.)

## Ein Fühler des Vorwärts.

**Berlin, 17. November.** (Eigne Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit hatte in ihrer gestrigen Morgennummer als Voraussetzung einer Verständigung zwischen den Parteien die Beseitigung des Belagerungszustands gefordert. Darauf antwortet der Vorwärts heute: „Wir sind mit der Forderung nach **Aufhebung des Belagerungszustands** durchaus einverstanden. Wir halten die Aufhebung für sofort durchführbar unter der einzigen Voraussetzung, daß von allen Seiten darauf **verzichtet** wird, **Meinungen mit Gewalt durchzusetzen** und andern aufzuzwingen. Auch ohne den Belagerungszustand stehen heute der Regierung diejenigen Machtmittel zur Verfügung, ohne die nach ausdrücklicher Erklärung der Freiheit keine Regierung bestehen kann, und die auch ausreichen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern, vorausgesetzt, daß von den **großen** Parteigruppen der Verzicht auf jede Gewaltanwendung erfolgt. Mit den Putschisten von rechts wird die Regierung schon fertig werden."

## Vom Satirspiel zur Tragikomödie.

Die Sitzung des Untersuchungsausschusses am Sonnabend hat mit einem großen Skandal geendet. Im Verlauf der Untersuchungskomödie, über deren Einzelheiten wir an andrer Stelle berichten, kam es infolge provozierenden Auftretens des Herrn Helfferich zu einem bezeichnenden Zusammenstoß zwischen diesem und unserm Genossen Dr. Cohn, der — wir müssen sagen **leider**, da der ganze Untersuchungsrummel ein Hornberger Schießen wird und Zeit- und Kraftvergeudung bedeutet — Mitglied des Untersuchungsausschusses ist. Herr Helfferich mag Cohn nicht leiden. Das kann niemand verwehren und dürfte auf Gegenseitigkeit beruhen. Herr Helfferich, ein deutschbewußter Mann, der weiß, was er seiner teutonischen Sippschaft schuldig ist, lehnt Genossen Cohn als Richter ab. Wozu diesem noch dazu **jüdischen** Plebejervertreter Rede und Antwort stehen?! Ist es nicht schon eine nationalistische Aufopferung, diesem hergelaufenen Regierungsgesindel — um mit dem Gesinnungsfreund Helfferichs, mit Oberst Reinhardt, zu sprechen — Rede und Antwort zu stehen?! Und nun gar erst die lästigen Querfragen dieses Sozis Cohn, die selbst einen von seinem geistigen Ueberragen überzeugten Mann wie Helfferich aus dem Konzept bringen können. Diesem Cohn muß ein Denkzettel gegeben werden, daß ihm die Lust zum Fragen vergeht.

Die Komödie beginnt: Genosse Cohn stellt eine Frage, die Helfferich offensichtlich in die Enge treibt. Dieser erklärt, er bitte, davon „befreit zu werden, Fragen Dr. Cohns direkt beantworten zu müssen". Der Untersuchungsausschuß weist diese Verhöhnung und Herausforderung mit keinem Wort zurück, im Gegenteil, sein Vorsitzender Warmuth, ein Parteifreund Helfferichs, versucht, dessen Auffassung von seiner Rolle vor dem Ausschuß mit formalen Rechtsgründen in Einklang zu bringen. Es folgt eine großartige anderthalbstündige Geheimberatung über die Frage, ob ein vom Untersuchungsausschuß Geladener ein Mitglied des Ausschusses ablehnen und dessen Fragen unbeantwortet lassen könne. Mit vier gegen zwei Stimmen, des Konservativen und des Zentrumsvertreters, bei Stimmenthaltung des Genossen Cohn, wird die Frage verneint, jedoch zugebilligt, daß gemäß der Strafprozeßordnung der Vernommene die Aussage verweigern kann, wenn er glaubt, sich strafbar zu belasten. Der Beschluß verlangt also, daß Helfferich auf jede Frage der Ausschußmitglieder zu antworten hat. Auf die Frage des Vorsitzenden Warmuth an Helfferich, ob er sich diesem Beschlusse füge, antwortet dieser unter Beifall der Zuhörer und der Mehrheit der Pressevertreter (!) mit einem netten runden Nein. Für diese Weigerung hat der Ausschuß den weiteren vorbeugenden Beschluß mit demselben Stimmenverhältnis gefaßt, daß die Zeugnisverweigerung ohne gesetzlichen Grund eine Geldstrafe von 300 Mark und die durch die Verweigerung entstandenen Kosten nach sich zieht. Der reaktionäre Vorsitzende glaubt sich keinen würdigeren Abgang verschaffen zu können, als daß er demonstrativ aus Verärgerung über das Ueberstimmtsein den Beschluß bemäkelt und seinen Vorsitz niederlegt. Johlender Beifall im Zuschauerraum, wo die Welt der Nichtstuer und Parasiten das Banner der Deutschnationalen aufgerichtet hat, und Händeklatschen bei der Mehrheit der bürgerlichen Meinungsproduzenten und politischen Brunnenvergifter. Herr Gothein, der nunmehr als Präside steigt, beschwört Helfferich in beweglichen Tönen, doch die Gründe anzugeben, weshalb er Genossen Cohn die Antwort verweigere. Jetzt rückt Helfferich mit der Sprache heraus: Er müsse Cohn ablehnen, denn dieser habe sich von Joffe, dem bolschewistischen Botschafter in Berlin, quasi Bestechungsgelder geben lassen zu dem ausgesprochenen Zweck, Deutschland zu revolutionieren. Cohn habe daher den Zusammenbruch Deutschlands auf dem Kerbholz usw. Es ist natürlich für Genossen Cohn ein Leichtes, diesen abgestandenen Schwindel abzutun und den tatsächlichen Vorgang ins rechte Licht zu stellen. Mit Recht weist unser Genosse darauf hin, daß dieser Vorwand Helfferichs nur dazu dienen soll, die alte Taktik Haltet den Dieb! anzuwenden und die niederschmetternden Anklagen auf die Häupter der Kriegsschuldigen und Kriegsverlängerer, in deren vorderster Front Helfferich steht, auf andre abzuwälzen. Immer mehr wird Helfferich in die Enge getrieben, er sucht unsern Genossen keifend zu unterbrechen. Als das vom Vorsitzenden Gothein verwehrt wird, packt Helfferich seine Akten, erhebt sich und schickt sich an, den Saal zu verlassen. Der Vorsitzende sucht die Situation zu retten, er schließt schnell die Sitzung. Tableau!

Das zynische Gebaren Helfferichs kann niemand wundern, der die Herausforderungen der Reaktion in der letzten Zeit aufmerksam

## Zusammenbruch der Kohlenversorgung.

Die Verkehrssperre ist — notdürftig — überwunden. Der Zweck, die Kohlenversorgung sicherzustellen, ist aber nicht erreicht. Vielmehr muß die Regierung jetzt bekanntgeben, daß sie vor dem völligen Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft steht. Sie erläßt folgende verzweifelte Mitteilung über „Einschränkungen der Kohlenversorgung":

In der Kohlenversorgung ist eine schwerwiegende Entscheidung getroffen worden. Trotz aller Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahnen an Dienstkohle zu erhöhen, brachten die letzten Wochen weitere Verminderungen der Bestände. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum noch für drei Tage Vorräte. Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagesverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb führen läßt, muß **dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen.** Bricht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die allgemeine Kohlen- und Lebensmittelversorgung auf. Vor dieser fundamentalen Gefahr **muß im Augenblick alles andre zurücktreten.** Um ihr zu begegnen, haben sich die verantwortlichen Stellen der Regierung zu einem Gewaltmittel entschlossen. Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebenswichtigen Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die **Industrie**, insbesondere die **Großeisenindustrie**, und der **Hausbrand** werden **stark in Mitleidenschaft gezogen** werden. **Schwere Schäden werden im Gefolge dieser Maßnahmen nicht ausbleiben.** Sie sämtlich zu vermeiden, ist aber bei der jetzigen Lage nicht mehr möglich. Im Augenblick müssen wir alle Kräfte zusammenhalten, um die schwerste Gefahr, den Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes, abzuwenden, **ohne Rücksicht auf den Schaden**, der dadurch an andern Stellen entstehen kann. Ist diese Hauptgefahr behoben, so können wir hoffen, auch der andern Gefahr Herr zu werden und den inzwischen anderwärts entstandenen Schaden wieder gutzumachen.

Der Schlußsatz ist eine lahme Vertröstung. Die Herren am Regierungstische hoffen so lange, bis die letzte Hoffnung zerflattert ist. Und die Arbeiterschaft friert und hungert. Das ist die Folge der Politik, die die Hauptaufgabe in Wiederaufrichtung und Schutz des Kapitalismus sieht und der Sozialisierung scheu aus dem Wege geht.

### Schneeverwehungen und Verkehrsstockung.

**Berlin, 17. November.** In ganz Deutschland gingen enorme Schneefälle nieder. Nach dem Schneefall in der Nacht auf den Sonntag wurde gestern in Berlin eine Schneedecke von 35 Zentimeter festgestellt. Die Blätter heben hervor, daß die Gütereingänge durch die Eisenbahn gestern geringfügig waren, da die Güterzüge **vielfach stecken blieben.**

### Die Zukunft des Untersuchungsausschusses.

**Am Mittwochabend findet in den Geschäftsräumen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses eine Sitzung des Ausschusses mit den Fraktionsvorständen statt, die sich mit dem fernern Gang der Untersuchung durch den Ausschuß beschäftigen soll.**

## Kehrt zurück — alles wird vergeben.

### Die baltischen Landsknechte kommen alle zurück.

Wolffbureau verbreitete am Sonnabend folgende Meldung:

**Berlin, 15. November.** Der (deutsche! Red. L. V.) Begleiter der Ententekommission für das Baltikum, Admiral Hopmann, hat Mitteilung erhalten, daß der **Führer der russischen Westarmee, Awalow-Bermondt**, sich mit seiner ganzen Armee gestern nacht dem **Befehle des Generals v. Eberhard unterstellt** hat. Dieser wird alles versuchen, die **geordnetee Rückführung der ehemals reichsdeutschen Truppen** zu ermöglichen.

Die Regierung hatte bekanntlich erklärt, wer bis zum 11. November nicht zurückgekehrt ist, gelte als Landesverräter. Herr Noske hatte des Scheins halber einige zehntausend (wo lacht?) Strafverfolgungen wegen Fahnenflucht usw. einleiten lassen. Wir sind gespannt, mit welcher Begründung nunmehr die Regierung die reumütigen Sünder, die gerade in den letzten Tagen verdiente Keile im Baltikum bezogen, aufnimmt. Die Regierungsverfügungen entpuppen sich einmal wieder als papierene Drohungen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19191117/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG